

Ingo v. Münch Richtigstellung

In dem in *Kritische Justiz* 1996, 364 ff. abgedruckten Beitrag behauptet *Peter Derleder* ich hätte ein »Rechtsgutachten zur Zulässigkeit von Kriegsspielzeug« erstellt.

Diese Behauptung ist falsch.

Ein Rechtsgutachten von mir zur Zulässigkeit von Kriegsspielzeug existiert nicht. Was existiert, ist ein Aufsatz zum Thema »Verfassungsmäßigkeit eines Kriegsspielzeugverbotes?«, veröffentlicht in *NJW* 1982, 2644 ff.

Anmerkung von *Peter Derleder*:

Der Aufsatz *Ingo von Münchs* entstammt nicht dem Elfenbeinturm, sondern greift explizit die Verbandsinteressen auf. Ein Verbot des Vertriebs von Kriegsspielzeug wäre nach ihm ein verfassungswidriger Eingriff in die Grundrechte der Spielzeughändler und -hersteller, insbesondere da es weder geeignet noch erforderlich sei, das Friedenswahrungsziel des Grundgesetzes zu verwirklichen. Was im Hinblick auf die Grundrechte der Kriegsspielzeughändler gelte, gelte »erst recht« im Verhältnis von Staat und Eltern. *Von Münch* hält es nicht einmal für möglich, die »unterschiedlichen Definitionen . . . definitorisch in den Griff zu bekommen« (im Hinblick auf Zinnsoldaten und U-Boot-Versenken), ausgenommen einen »harten Kern«, insbesondere die Killerautomaten. Aber auch diese werden durch *von Münchs* Grundrechtsinterpretation geschützt. Die verfassungsrechtliche Methode des Autors besteht schlicht darin, das Ziel so weit zu stecken (»Friedenserhaltung« statt Brutalitätsverharmlosung), daß kein Mittel mehr geeignet und erforderlich erscheint. Der Anteil des Kriegsspielzeugs war nach Angaben der Branche und des Autors Anfang der 80er Jahre gering. Wenn *von Münch* heute einmal bei den Killerautomaten in den Spielhöllen verweilen würde, könnte er sich ein Bild über das soziale Niveau seiner Art von Liberalismus machen.